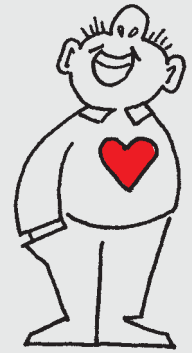


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze 7, 8 / 2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Bürgerbefragung – nein, Danke!



In der Juni-Ausgabe dieser Zeitung hatten wir unseren Antrag zur Bürgerbefragung über den Standort der »Schwarzen Jule« vorgestellt. Ziel war es, eine Bürgerbeteiligung

zu erreichen, die den Namen auch verdient und zu einem repräsentativen Ergebnis führt. Es kam, wie so oft in unserer Stadt, mal wieder anders.

CDU, FDP und der Bürgermeister lehnten bei tätiger Mithilfe der Fraktion »Für Forst« unseren Antrag ab und wollten dafür lieber eine Befragung im Amtsblatt durchführen. Die letzte Befragung dieser Art hatte immerhin eine Beteiligung von 1 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger erbracht. Das ist ungefähr die Größenordnung, die sich die genannten Fraktionen und unser ach

so bürgernahe Rathauschef so vorstellen. Mehr sollte es nun wirklich nicht sein, sonst müsste man noch Bürgerinteressen berücksichtigen. Nun ging es hier um keine politische Frage, sondern nur um eine alte Dampflok. Aber schon eine solche Entscheidung im Wahllokal treffen zu können, trauen sie den Wahlberechtigten in Forst nicht zu. Die Menschen können ja eine Bauchentscheidung fällen. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man sich vor lauter Lachen kaum noch halten.

Die entscheidende Stimme bei der Abstimmung (12 zu 13) kam übrigens vom Bürgermeister. Erst schaute er schnell in die Runde, ob es für CDU und FDP auch ohne seine Stimme reichen würde, dann zog er noch schnell sein Abstimmungskärtchen nach oben.

Anschließend wollte der Vorsitzende der SVV auch noch unsere Vorlage ändern

und den CDU/FDP-Antrag zur Befragung im Amtsblatt einfügen. Dies ging dann endgültig zu weit und wir zogen unseren Antrag zurück. Wenn Sie in Forst als Bürger Einfluss nehmen wollen, dann geht das nur an Wahltagen oder auf dem Weg eines Bürgerbegehrens, aber auch dabei müssen Sie mit dem geballten Widerstand des bürgerlichen Lagers rechnen.

Etwas Positives war der ganzen Sache aber doch noch abzugewinnen. Erstmals seit Jahren stimmten SPD und LINKE wieder gemeinsam für Bürgerinteressen.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

Spruch des Monats

»Wer wagt, selbst zu denken,
wird auch selbst handeln.«

Bettina von Arnim

»Mahnwache« der NPD in Forst

Am 15. Juni 2013 veranstaltete die NPD eine »Mahnwache« zur Asylpolitik in Forst. In einer vom Runden Tisch organisierten Gegendemonstration setzte Forst dem Auftritt der Braunen eine Gegenaktion der toleranten Bunten entgegen.

Viele Forster Bürger, Vertreter der demokratischen politischen Parteien und Jugendverbände sowie Vereine und auch jugendliche Antifaschisten aus anderen Orten stellten sich dem Spuk trillerpfeifend, Fahnen schwenkend, aber auch malend entgegen. Der Redner der NPD muss an diesem Tag bemerkt haben, dass er in Forst nichts erreichen kann, denn er regte sich über die Forster auf, die ihren Kindern keine Vorbilder seien. Und auch auf ihrer Internetplattform stilisierte die NPD die Aktion am 15. Juni nicht als Erfolg hoch. Besser kann ein Lob für das tolerante Forst wohl nicht ausfallen, auch wenn es von ungeahnter Seite kam.

In eigener Sache: Die Bezeichnung »Mahnwache« für diese Veranstaltung kann ich als Linker vollkommen nachvollziehen. Mahnt uns doch das Auftreten der neofaschistischen NPD, dass es immer noch genügend Leute gibt, die mit ihrem Denken und Handeln tief in

der braungeistigen Dunkelecke der Menschheit beheimatet sind.

Was mir als eingefleischten Brandenburger mächtig zu schaffen macht, ist das Beschmutzen unserer Landesfahne durch die Neofaschisten, in dem sie diese für ihren Ungeist nutzen, so auch geschehen am 15. Juni.

Karsten Fedrich
Ortsvorsitzender DIE LINKE. Forst



AG Soziales sagt DANKE!

Am 1. Juni feierte die AG Soziales ihr 5-jähriges erfolgreiches Bestehen. Auf diesem Wege möchten wir uns bei allen Sponsoren und Helfern für die tatkräftige Unterstützung ganz herzlich bedanken.

Wir werden selbstverständlich auch weiterhin für all jene tätig sein, die unsere Hilfe benötigen.

Auch ein Dankeschön an alle Bürger, die unserer Einladung folgten und so den Tag erfolgreich mitgestaltet haben. Das war eine tolle Bestätigung für unsere Arbeit! Danke!

*E. Krättsch
Mitglied AG Soziales*

Nur mal kurz nachgefragt

Große Aufregung in Forst! »Bei OBI arbeitet ein Pole« ... »oder so«. Dieses Gerücht (?) macht in Forst die Runde. »Das ist ja eine Frechheit von dem, wo doch nicht einmal genug Arbeit für Deutsche da ist.« – Nur einmal kurz nachgefragt: Hat der polnische Bürger sich selbst bei OBI eingestellt? Oder wurde er vom Arbeitgeber vielleicht wegen anderen Faktoren (Stundenlohn, Arbeitszeit) bevorzugt?

Karsten Fedrich

Wenn die Sonne lacht, wird Geld gemacht

Natürlich nur, wenn man vorher schon ausreichend hat. Wer heute in erneuerbare Energien investiert, sollte entweder auf reichlich Eigenkapital setzen können oder als Unternehmen über eine günstige Kreditlinie verfügen.

In Forst werden in naher Zukunft zwei weitere Solarparks geschaffen. Zum einen wird die Textilfirma Mehler auf ihrem Grundstück in der Gubener Straße (neben dem Repomarkt) bauen und zum anderen wird eine Firma, die eng mit dem größten Forster Bauunternehmen verbunden ist, auf dem Gelände des ehemaligen Heizkraftwerkes in der Badestraße investieren. Für beide Projekte beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Aufstellung der Bebauungspläne. Nun ist die Errichtung von Solarparks in der Stadt nicht gerade als positive Stadtbildprägung zu verstehen, andererseits sind die benannten Flächen heute unansehnliche Brachen mit teilweise erheblichen industriellen Altlasten. Für die Beseitigung der Industriebrache Heizkraftwerk fehlt der Stadt das Geld. Nach neuesten Berechnungen würde eine völlige Altlastenbeseitigung mehr als 800.000 Euro kosten. Vor fünf Jahren wollte ein Abbruchunternehmen der Region noch für 380.000 Euro den Bereich entsorgen. Auch dafür gab es Gutachten, die die Machbarkeit des Vorhabens bestätigten. Nur die Realität war und ist, wie man täglich sehen kann, eine andere.

Unsere Fraktion hat beiden Bebauungsplänen und dem Verkauf des Geländes an der Badestraße zugestimmt, obwohl auch wir uns schönere Lösungen vorstellen können. Aber ohne Moos ist bekanntlich nichts los und so läge bei anderen Plänen die Beseitigung der Heizkraftwerkreste in weiter Ferne. Wenigstens die oberflächliche Beräumung des Geländes wurde im Entwurf des Kaufvertrages verankert. Auch wenn unser Vertrauen in die Wirtschaft bei solchen Verträgen eher begrenzt ist, gehen wir davon aus, dass die Ruinen nun kurzfristig verschwinden. Dahinter stecken auch knallharte wirtschaftliche Interessen. Mit jedem abgelaufenen Jahr sinken zukünftig die Vergütungen für erneuerbare Energien. Wer also 2012 ans Netz gegangen ist, bekommt für seine eingespeiste Energie zwanzig Jahre lang eine höhere Vergütung, als jemand, der erst 2013 mit der Stromerzeugung beginnt. Dies gilt prinzipiell auch für die folgenden Jahre.

Wenn dann in zwanzig Jahren die gesicherte Einspeisevergütung endet, wird es vielleicht neue Möglichkeiten für die Nutzung des Geländes geben. Bis dahin halten wir die jetzigen Beschlüsse für vertretbar, auch wenn sie bei uns keine Begeisterung auslösen.

*Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst*

100 % Sozial – das geht nur mit einer starken Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Auf dem Bundesparteitag in Dresden haben wir am 15. Juni nach gründlicher Diskussion und vielen Änderungen in großer Einmütigkeit unser Wahlprogramm beschlossen.

Als Delegierte des Parteitages habe ich mit den Genossinnen und Genossen aus dem Kreisverband Lausitz mit Zuversicht und Optimismus die Rückfahrt angetreten.

Katja Kipping hat Recht. Jetzt müssen wir erklären: Was wäre das Land ohne DIE LINKE.?

Dass wir LINKEN auch die Funktion einer sozialen Alarmanlage haben, kenne ich seit 1990 aus meiner Arbeit als Stadtverordnete in Spremberg und auch aus meiner langjährigen Tätigkeit als Kreistagsabgeordnete.

Seit ich 2004 direkt in den Brandenburger Landtag gewählt wurde, hat sich die Situation mit der Umsetzung von Hartz IV im Jahr 2005 noch verschärft. Die Schere zwischen Arm und Reich ging immer weiter auseinander.

Die monatlichen Hartz-IV-Beratungen

in unseren Wahlkreisbüros der LINKEN in Spremberg und Forst sind nicht nur eine große Hilfe für die Betroffenen, sie machen auch klar, dass wir endlich eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung brauchen. Wir brauchen einen Mindestlohn von 10 Euro, denn erst mit diesem Stundenlohn gibt es auch einen Rentenpunkt und kann Altersarmut schon in der Erwerbsphase verhindert werden.

Wir seien in Europa gut durch die Krise gekommen, meint die Bundeskanzlerin. Die Wirtschaftsbosse und Bankvorstände assistieren: Die Agenda 2010 hat uns gut durch die Krise gebracht. Die politische Agenda von Gerhard Schröder haben SPD, Grüne, Union und FDP in Regierungsverantwortung in den letzten 10 Jahren konsequent umgesetzt.

Mit den Ergebnissen eines gewachsenen Drucks auf Löhne und Gehälter ist die Reallohnentwicklung in Deutschland weit zurückgeblieben.

Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse und die Ausweitung des Nie-



driglohnssektors sind heute an der Tagesordnung. In Brandenburg haben 41,6% der Menschen ein Entgelt unterhalb der Niedriglohnschwelle von 1.802 Euro.

In Deutschland gibt es 1,3 Mio. Erwerbstätige, die neben ihrem Einkommen aufstockende Leistungen aus Hartz IV beziehen. Nur einer starken LINKEN ist es zu verdanken, dass heute über soziale Gerechtigkeit überhaupt diskutiert wird, dass die Umverteilung von oben nach unten und in die Mitte wieder ein Thema ist.

Mir als Sozialpolitikerin liegen darüber hinaus besonders die Gesundheitspolitik und eine Politik für Kinder am Herzen, die nicht nach Herkunft und Besitz fragt, sondern für alle Menschen gleichberechtigt zugänglich ist.

Dazu brauchen wir endlich eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen, in der alle notwendigen Leistungen auch wieder bezahlt werden.

Wir brauchen unsere Krankenhäuser, auch in der Fläche. Deshalb hat die Rot-Rote Landesregierung beschlossen, alle Krankenhausstandorte im Land zu erhalten.

Allerdings brauchen wir nun auch endlich bundesgesetzliche Regelungen, die der medizinischen Versorgung auch in ländlichen Räumen gerecht werden. Krankenhäusern hat der Bundesgesetzgeber nur die stationäre Versorgung mit gesundheitlichen Leistungen zugedacht. Wo sich aber Ärztinnen und Ärzte nicht mehr niederlassen, weil die Bevölkerungsstruktur nicht mehr zur ambulanten Niederlassungsstruktur passt, kann diese Versorgung auch so nicht mehr funktionieren. Das zeigt uns auch die Praxis vor Ort.

Warum muss eigentlich Frau Muster nach Sonstwo fahren, wenn es auch im Krankenhaus in ihrer Nähe Fachärztinnen und Fachärzte gibt, die sie behandeln könnten?

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass gesundheitliche Leistungen dort erbracht werden dürfen, wo sie möglichst wohnortnah vorhanden sind. Damit sichern wir wohnortnahe stationäre und ambulante Grundversorgung.

Wir brauchen endlich ein Bildungssystem, in dem der Erfolg nicht von der sozialen Herkunft bestimmt wird, in dem Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam ihre Stärken und Talente mit der notwendigen Zeit und personellen Begleitung entfalten können. Das gilt für die Kitas und geht dann, am besten in einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, wohnortnah und selbstverständlich barrierefrei weiter.

Für die Finanzierung solcher Bildungsbedingungen muss auch die Bundesregierung in die Verantwortung genommen werden. Auch dafür möchte ich in einer starken Bundestagsfraktion DIE LINKE meinen Beitrag leisten.

Birgit Wöllert

*Direktkandidatin für den Wahlkreis
Cottbus/Spree-Neiße für die Partei
DIE LINKE*

Was die LINKE will!

Auf dem Bundesparteitag vom 14. bis 16. Juni 2013 in Dresden beschlossen wir unser Wahlprogramm. Nachfolgend haben wir einige Schwerpunkte daraus zusammengestellt.

Das Programm der LINKEN ist die soziale Gerechtigkeit. Wir kämpfen deshalb für eine Gesellschaft:

- in der die Menschen an erster Stelle stehen, nicht Profite;
- in der die Angst vor Armut und Abstieg nicht ständig wächst und Arbeit nicht nur Stress ist;
- in der mit dem Krieg keine Geschäfte gemacht werden können;
- in der der Reichtum nicht in den Händen weniger versammelt wird, sondern allen zugutekommt.

Wir fordern deshalb:

- Die Löhne müssen steigen. Ein erster Schritt ist ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde.
- Hartz IV muss weg! Stattdessen wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Bis dahin müssen sofort die Regelsätze deutlich erhöht und die Sanktionen abgeschafft werden.
- Eine solidarische Mindestrente von netto 1.050 Euro ist notwendig – darunter droht Armut. Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden. Im Osten müssen Renten und Löhne endlich angeglichen und Lebensleistung anerkannt werden.

• Privater Reichtum darf nicht zu öffentlicher Armut führen. Hohe Einkommen und Vermögen müssen stärker besteuert werden.

• Wohnen muss bezahlbar sein! Sozialen Wohnungsbau wollen wir stärken.

• Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung: Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt, die Beiträge sinken für alle – außer für Besserverdienende.

• Wir wollen verhindern, dass die Kosten der Energiewende auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Die großen Konzerne machen Kasse – aber Strom und Wasserversorgung gehören in die Hände der Bevölkerung.

• Jede Waffe findet ihren Krieg. Wir wollen Rüstungsexporte verbieten und die Bundeswehr aus ihren Auslandseinsätzen zurückholen.

Dafür muss sich vieles ändern in unserem Land, im Parlament, im Alltag und in den Köpfen. Es wird viel darüber geredet. Wir machen Druck, damit auch Taten folgen. Wir stehen zusammen für soziale Gerechtigkeit – vor der Wahl und nach der Wahl, im Parlament und im Betrieb, auf der Straße, im Alltag. Wer sich nicht bewegt, kann nichts bewegen. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen. Vor Ort.

**Wählen Sie am 22. September 2013
DIE LINKE!**

Kommt uns das nicht bekannt vor?

»... Nun haben aber Kartelle und kurzfristige Bankkredite die Unternehmungslust und die sogenannte ›freie Wirtschaft‹ völlig getötet – es gibt sie gar nicht mehr. Fast jeder Unternehmer und besonders der kleinere ist nichts als der Verwalter von Bankschulden; gehts gut, dann trägt er den ungeheuern Zins ab, und gehts schief, dann legen die Banken ihre schwere Hand auf ihn, und es ist wie in Monte Carlo: die Bank verliert nicht. Und

wenn sie wirklich einmal verliert, springt der Steuerzahler ein: also in der Hauptsache wieder Arbeiter und Angestellte. ...«

Auszug aus

»Die Herren Wirtschaftsführer«

*Ignaz Wrobel, Die Weltbühne,
18.08.1931, Nr. 33, S. 254.*

*(Ignaz Wrobel ist ein Pseudonym
von Kurt Tucholsky)*

Das Prinzip Rente für Lebensleistung wird zur Farce

Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, erklärt zu den Berichten, nach denen jeder zweite Rentner eine Rente unterhalb des Sozialhilfeniveaus bezieht:

Das reichste Land Europas drückt die Hälfte der Rentner unter Sozialhilfeniveau. Das ist eine Schande. Wir bilanzieren jetzt die Folgen der rentenpolitischen Fehlentscheidungen seit der Jahrtausendwende. Die Rentenformel wurde durch chaotische Eingriffe zerstört, die Kopplung der Renten an die Löhne wurde gelöst. Seit der Jahrtausendwende lagen 11 von 13 Rentenanpassungen unter der Inflationsrate, und auch in diesem Jahr werden zumindest die Renten im Westen deutlich langsamer steigen als die Löhne und Preise.

Wer das Rentenniveau gezielt senkt, darf sich nicht wundern, dass die Renten sinken. Diese Politik gefährdet das Rentensystem in der Substanz. Das Prinzip Rente für Lebensleistung wird zur Farce, wenn im Alter alle gleich arm gemacht werden. Das Rentensystem muss mit drei Maßnahmen stabilisiert werden. Die Rentenformel muss erstens wieder strikt an die Löhne gebunden werden, und das Rentenniveau muss bei 53 Prozent gesetzlich garantiert werden, wir brauchen zweitens eine gesetzliche solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, und drittens müssen die Ostrenten bis 2017 schrittweise an das Westniveau angeglichen werden.

11. Juni 2013

Newsletter

So wird das Grundgesetz zu Altpapier

Seit Tagen ist bekannt, dass Geheimdienste der USA und Großbritanniens global und en masse private, geschäftliche und politische Daten aufsaugen und abschöpfen. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Bei alledem geht es um nicht weniger, als um einen Generalangriff auf viel beschworene Werte wie Demokratie, Freiheit und Bürgerrechte. Der Aufschrei dagegen ist bislang kleinlaut. Politiker, wie Innen- und Verfassungsminister Friedrich (CSU), finden gar Worte der Verteidigung. Andere, offenbar auch Bundeskanzlerin Merkel (CDU), hoffen auf Ruhe und Vergessen im parlamentarischen Sommerloch. Das darf nicht sein! Weiter gedacht erleben wir seit Jahren eine unheilige Allianz: Finanzhasardeure zerstören den Sozialstaat und Geheimdienste den Rechtsstaat. So wird das Grundgesetz zu Altpapier.«

30. Juni 2013

SPD lässt sich kaufen

»100.000 Euro von Daimler flossen im Wahljahr in die Kasse der SPD. Die SPD lässt sich von einem Unternehmen sponsern, das erst jüngst mit Anschuldigungen konfrontiert war, Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen auf ihren Werksgeländen zuzulassen. Ein konsequenter Einsatz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und für die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird so unglaublich«, erklärt Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, zu den jüngst vom Bundestagspräsidenten veröffentlichten Großspenden der mit Firmensitz in Stuttgart beheimateten Daimler AG.

Leider ist dies kein Einzelfall. Bereits Anfang des Jahres ließ BMW der SPD eine Spende in gleicher Größenordnung zukommen. DIE LINKE ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten annimmt. Damit sind wir auch die einzige Partei im Parlament, die tatsächlich eine von Konzernen und Banken unabhängige Politik macht.

5. Juni 2013

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 23.07.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 20.08.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 27.08.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
- Mi., 28.08.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
- Mo., 02.09.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**

Nächste Treffs »Linksrum«:
am 25.07. und 29.08. um 18:30 Uhr
in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Wahr und unwahr

Wahr ist, dass Deutschland als einer der ersten Staaten das neue UN-Abkommen gegen den unerlaubten Handel mit Kriegswaffen unterzeichnet hat.

Unwahr ist, dass Deutschland ein Abkommen gegen den erlaubten Handel mit Kriegswaffen unterzeichnet hat.

Erik Wenk

Geburtstag

- 16.07.: 87 Jahre Georg Domain
- 24.07.: 96 Jahre Elfriede Bonkatz
- 27.07.: 86 Jahre Jutta Schmidt
- 27.07.: 73 Jahre Wolfgang Spaarschuh
- 31.07.: 66 Jahre Reinhard Albinus
- 09.08.: 81 Jahre Edith Witzel
- 10.08.: 75 Jahre Gerhard Böcking
- 13.08.: 72 Jahre Brigitte Schröder
- 27.08.: 85 Jahre Rolaf Schahn
- 29.08.: 89 Jahre Hildegard Jentsch
- 29.08.: 84 Jahre Martin Noack

*Herzlichen Glückwunsch,
unsere Jubilare, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!*

Rechtsberatung

am **Sonnabend, dem 27.07. und 24.08.13,**
ab 14 Uhr in der
Geschäftsstelle der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Singles ohne Niveau

Eine Studie der University of Chicago beweist, dass Online-Dating die besten Ehen stiftet. Das legt den Schluss nahe, dass sich CDU und FDP nicht übers Internet kennengelernt haben. **MK**

Der Klon-Wahlkampf

SPD und Grüne beschwerten sich zu Unrecht darüber, dass Kanzlerin Merkel ihnen die Wahlkampfthemen stiehlt. In Wahrheit leiht sie die nur aus und gibt sie nach der Wahl ungebraucht zurück. **MK**



Aus »Eulenspiegel« Nr. 7/13

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.